

BStU

000047

Die Beschuldigten hatten u.a. versucht, durch

- Vorbereiten einer "Sammelbeschwerde" an die UNO, um in Nachahmung der Praktiken der [REDACTED] das sogenannte "1503-Verfahren" mißbräuchlich in Anspruch zu nehmen,
- Einbeziehung ausländischer diplomatischer Einrichtungen in der DDR und Repräsentanten westlicher Staaten,
- demonstratives Versammeln bzw. Kreisbildung, unter anderem mit Kerzen, auf öffentlichen Plätzen und vor Gebäuden staatlicher Organe, in Anlehnung an frühere Provokationen in Jena und Dresden, wobei deren Wirksamkeit in zwei Fällen durch die Einbeziehung westlicher Massenmedien erhöht werden sollte
- Abfassen gemeinsamer "Bekräftigungsschreiben" an zentrale Staatsorgane der DDR und gemeinsames Aufsuchen von Dienststellen

ihr Ziel zu erreichen.

Wie im Vorjahr wurde festgestellt, daß sich bei diesen Personengruppen noch keine festen Organisationsstrukturen herausgebildet hatten, aber zum Teil über das weitere Vorgehen bereits konkrete Vorstellungen bestanden. In der Mehrzahl wollten die Beteiligten mit ihrem Vorgehen zwar die Aufmerksamkeit der staatlichen Organe oder deren Mitarbeiter auf sich ziehen, jedoch dabei die Schwelle des strafbaren Handelns nicht überschreiten.

Festzustellen war auch, daß in den meisten Fällen für die Festlegung der Art und Weise der Aktivitäten und des Zeitpunktes ihrer Durchführung erfolgte Veröffentlichungen durch westliche Massenmedien oder die inspirierende Rolle ehemaliger DDR-Bürger maßgeblich waren.

Kopie BStU
AR 3